

MOTION von Ernst Frischknecht (EVP, Dürnten) und Peter Reinhard (EVP, Kloten) und Mitunterzeichnende

betreffend Forschungsauftrag über die Auswirkung von Rationalisierungsmassnahmen (Ersatz von menschlicher Arbeit durch Technik) in allen Sektoren des Erwerbslebens auf Staatsfinanzen, -sicherheit und -stabilität.

Der Regierungsrat wird beauftragt, an ein geeignetes Institut einen Forschungsauftrag zur Prüfung folgender Fragen in Auftrag zu geben:

1. Ist es möglich, dass der Ersatz von menschlicher Arbeit durch Technik einen Grad erreichen kann, wo die Gewinne der Rationalisierung die Kosten der Therapierung und Erhaltung der aus dem Arbeitsprozess Gefallenen nicht mehr zu decken vermögen?
2. Wenn ja, wie könnten die daraus entstehenden Sozialkosten, die ja langfristig die Unternehmen über erhöhte Steuern und Abgaben auch belasten, den Unternehmen so rechtzeitig überbunden werden, dass auf mehr Teilgebieten die menschliche Arbeitskraft im Vergleich zur Technik wieder besser abschneidet?
3. Lassen sich die Sozialkosten der Arbeitslosigkeit so erfassen, dass der Gewinn aus der Arbeitsrationalisierung den dadurch ausgelösten Folgekosten gegenüber gestellt werden kann?
4. Ist die reine Marktwirtschaft alleine in der Lage, die Diskrepanz zwischen privatisiertem Gewinn und verstaatlichten Sozialkosten zu lösen?
5. Wenn nein, was für Steuerungsmechanismen könnten diese Diskrepanz lösen?
6. Welche denkbaren Steuerungsmechanismen fallen in die Kompetenz des Kantons und welche in jene des Bundes?
7. Kann die einseitige Kapitalgewinnmaximierung als Hauptursache der Arbeitsplatzverluste zu sozialen Spannungen führen, die den Wirtschafts- und Bankenplatz Zürich mehr gefährden als eventuell unter Frage 5 gefundene Steuerungsmechanismen?

Ernst Frischknecht
Peter Reinhard

H.P. Amstutz
K. Schreiber
H. Fahrni

N. Bolleter
W. Scherer

S. Huggel
Dr. R. Aeschbacher

Begründung:

Kaum ein öffentlicher oder privater Betrieb kommt aus wirtschaftlichen Sachzwängen heraus darum herum, die verhältnismässig teure menschliche Arbeitskraft so weit wie möglich durch Technik zu ersetzen. Mit dem auf Hochtouren laufenden Benchmarking bleibt kein Bereich öffentlicher oder privater Arbeit von dieser Effizienzsteigerung verschont. Ohne Internalisierung der extern anfallenden oder bewusst ausgelagerten Kosten führt dieser Prozess aber zu Wettbewerbsverzerrungen, die langfristig für die öffentlichen Haushalte ruinös sein können. Zur Zeit ist sich niemand so richtig im Klaren, ob überhaupt und wie die negativen Seiten dieser Entwicklung in Griff zu bekommen sind. Eine seriöse Erforschung der aufgeführten Fragen ist unumgänglich. Wenn sie nicht vom direkt betroffenen Staat eingeleitet wird, begeben sich nicht nur alle privaten Unternehmen auf eine Bahn, die sie sehr schnell vorwärts bringt - es weiss nur niemand klar, wohin. Auch die Unternehmen und die Verwaltung der öffentlichen Hand fördern eine Entwicklung, welche die Staatskassen stark belasten und die innere Stabilität gefährden.